

Laura Kelly hat ein wichtiges und sorgfältig recherchiertes Buch geschrieben, das nicht nur die Debatte über Verhütung, sondern auch die Sozialgeschichte Irlands mitsamt ihrer europäischen Verflechtungen nachhaltig prägen wird.

Hans-Lukas Kieser, Nahostfriede ohne Demokratie. Der Vertrag von Lausanne und die Geburt der Türkei 1923. Zürich, Chronos 2023. 344 S., € 48,–.
// doi 10.1515/hzhz-2025-1160

Christin Pschichholz, Potsdam

Nach seiner vielbeachteten Biografie über Talât Pascha legt Hans-Lukas Kieser nun eine Monografie über den Vertrag von Lausanne vor. Das nach dem Griechisch-Türkischen Krieg verhandelte Abkommen war für die Staatsgründung der Türkei existentiell, liquidierte es doch das Osmanische Reich und ermöglichte im Oktober 1923 die Ausrufung der Republik. Lausanne gilt zudem als Referenz für einen langlebigen Beschluss, der auch Grundlage dafür war, dass sich die Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg ins westliche Bündnissystem integrieren ließ. Das Buch strebt aber eine deutlich kritischere Aufarbeitung an, indem geprüft wird, warum Teile aus dem Vertrag von Sèvres (1920) revidiert und inwieweit der neue Frieden auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschlossen wurde. In dem Wissen, wie sich die Türkei innen- wie außenpolitisch entwickelt hat, gelingt es, die großen Verlierer der Konferenz aus dem Schatten des türkischen Gründungsmythos hervortreten zu lassen und damit auch auf die wenig beachtete Verschränkung des armenischen und kurdischen Schicksals hinzuweisen.

Kapitel 1 ist ein Problemaufriss und beschreibt die Erwartungen an den Völkerbund, der sich ethnisch-religiöse Vielfalt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Fahnen geschrieben hatte, und die damit in Kontrast stehenden Elemente des Lausanner Vertrags: Bevölkerungsaustausch als wirksames Mittel, um ethnoreligiöse Konflikte zu lösen und die territoriale Besiegelung einer Gewaltpolitik, mit der das Komitee für Einheit und Fortschritt vor allem die armenische Bevölkerung in Anatolien vernichtet hatte. Der Vertrag beinhaltete, so Kieser, eine zutiefst menschenverachtende Botschaft, da er signalisierte, dass sich Massengewalt lohne (S. 31).

Kapitel 2 befasst sich mit Grundvoraussetzungen für die Friedensverhandlungen. Detailliert beschreibt der Verfasser, auf welcher ideologischen Basis die Mitglie-

der der Regierung in Ankara Zukunftsvisionen entwickelten. Zwei Aspekte sind in diesem Abschnitt hervorzuheben: zum einen der enge Kontakt zwischen Bolschewiki und der türkischen Regierung vor den Verhandlungen. Die Brüder im Geiste hatten beide kein Interesse an einem armenischen Staat und lehnten die Bestimmungen von Sèvres ab. Zum anderen arbeitet der Autor die Bedeutung von Rıza Nur heraus, der als Vizechef der türkischen Delegation neben İsmet Pascha die Friedensverhandlungen wesentlich prägte. Nur war Gründungsmitglied der Regierung in Ankara und ein vom rassistischen Sozialdarwinismus überzeugter Ideologe. Mit seiner Vorstellung, die armenische Bevölkerung sei Feind der türkischen Nation, repräsentierte er in Lausanne die gängigen Vorstellungen innerhalb der Regierung.

Wie Rıza Nur, İsmet Pascha und weitere türkische Delegierte in Lausanne agierten, beschreibt Kapitel 3, das exzellente Herzstück des Buches. Eröffnungsreden, Verhandlungen und Gespräche auf Hotelfluren zeichnet Kieser nach und analysiert die Gemengelage der monatelangen Verhandlungen, in denen der Vertrag von Sèvres, der noch einen armenischen Staat inklusive Nordostanatolien festlegte sowie ein Kurdistan in Teilen Nordmesopotamiens vorsah, revidiert wurde. Drohgebärden, alternative Fakten und gut organisierte Lobbyarbeit der türkischen Seite stießen auf zunehmend realpolitisch agierende westliche Mächte, die die Türkei aus geopolitischen Gründen von Sowjetrussland und dem Panislamismus trennen wollten und zu vielen Eingeständnissen bereit waren (S. 135).

Kapitel 4 thematisiert schließlich, wie der Vertrag zur Zukunftshypothek wurde. In der Türkei entwickelte sich ein Einparteistaat, der, so wie es auch die Soziologin Fatma Müge Göcek (*Denial of Violence*. Oxford 2015) beschrieb, mehr Kontinuitäten zur radikalen Politik des osmanischen Komitees für Einheit und Fortschritt hatte, als man im Westen glauben möchte. Auf dieser Basis setzte sich die Gewalt fort, etwa bei der Niederschlagung des Dersim-Aufstandes von 1937/38.

Als Kritikpunkt sei angemerkt, dass Kieser bei der Beschreibung des Vertrages von Lausanne als Paradigmenwechsel der internationalen Politik übersieht, dass beispielsweise das humanitäre Engagement der USA schon während des Krieges nicht selbstlos war (Vgl. E. Piller, *American War Relief, Cultural Mobilization and the Myth of Impartial Humanitarianism, 1914–17*, in: *Journal of the Gilded Age and Progressive Era* 17/4, 2018, 619–635). Die Rahmenbedingungen der Verhandlungen hatten sich bereits vorher angekündigt.